



Unsere schlesische Heimat

Jahrgang 2013 - Nr. 5

- Verlagsort: 40501 Düsseldorf, Postfach 11 01 35 -

<http://www.bgd1.com>

Liebe schlesische Landsleute!

**Hiermit möchte ich mich bei all denen,
die bei der Bundestagswahl 2013 für den
„Bund für Gesamtdeutschland“ stimmten,
ganz herzlich bedanken.**

Natürlich werden wir uns bemühen, unsere gestellten Forderungen durchzusetzen und die primitiven Geschichtslügen mit Geist und Anstand wahrheitsgetreu aufzudecken.

Schließlich sind noch nicht alle ausgestorben, die den jegliches Menschenrecht verachtenden Nachkriegsverbrechen ausgesetzt waren und darüber entsetzt sind, wie im 21. Jahrhundert mit politisch gewollten Geschichtslügen Menschen der Erlebnisgeneration in absurdester Weise gedemütigt und verraten werden.

Leider existieren auch Individuen, die mich telefonisch oder brieflich mit primitiv-gemeinen Drohungen angreifen, obwohl sie weder der deutschen Sprache noch der Grammatik mächtig sind.

Selbst die Sächsische Zeitung verfälscht gewollt meinen Namen.

Löbau, den 26. September 2013

Dr. med. vet. Eleonore Rau
Fachtierärztin für Rinder,
Neumarkt 1, 02708 Löbau, Tel. 03585-86061

Ein neuer Weg

wurde bei der Bundestagswahl 2013 im Bundestagswahlkreis 157 Görlitz vom Bund für Gesamtdeutschland mit seinem Landesverband Schlesien aufgezeigt.

Mehrere Organisationen und auch einzelne Schlesier bemühen sich dankenswerter Weise seit vielen Jahren, Interessen unserer schlesischen Landsleute zu vertreten. - Allein Ihr Status als gesellschaftliche Gruppen beschränkt sie auf Veröffentlichung ihrer Meinungen in eigenen oder fremden Plattformen.

Mit dem Landesverband Schlesien im BGD hat sich eine politische Partei nun auch in dem noch freien Zugang zu Schlesien etabliert, die von ihrem Grundsatzprogramm her und seit ihrer Gründung am 12. August 1990 bis auf den heutigen Tag sich vorbehaltlos für Interessen deutscher Heimatvertriebener einsetzt, wobei bei unseren Mitgliedern und Unterstützern Schlesier den höchsten Anteil stellen.

Daß einer politischen Partei vom Gesetzgeber her durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und das Parteiengesetz größere gesetzliche Möglichkeiten eingeräumt wurden als Einzelpersonen und gesellschaftlichen Gruppen, können Sie auf den **Seiten 42-46** dieser Zeitung nachlesen.

Gesetze sind von sich aus noch nicht geeignet, berechnete Forderungen durchzusetzen. Es müssen sich schon Menschen bereit finden, sich auf diese Gesetze berufend, diese Forderungen einzuklagen. Unsere Kandidatin im Bundestagswahlkreis 157 Görlitz für die Erststimmen, Frau Dr. med. vet. Eleonore Rau erreichte mit einem Prozent der abgegebenen Erststimmen einen Achtungserfolg. Bitte, unterstützen Sie uns weiterhin bei den kommenden Wahlen.

Horst Zaborowski,
Bundesvorsitzender

Tag der Heimat 2013

Jeder darf über seine Heimat berichten - jeder darf seine Heimat lieben ?

Doch Menschen, die auf grausamste Art ihrer Heimat und ihres gesamten Eigentums beraubt und auf jegliches Menschenrecht verachtende Art vertrieben wurden, werden von geist-, würde- und gewissenlosen Politikern verhöhnt und angeprangert, wenn sie von einem allgemein üblichen Recht auf Heimat und erarbeitetes Eigentum sprechen.

Deutschen dauergedemütigten Heimatvertriebenen steht das normalste Menschenrecht nicht zu, weil die deutschen Politiker den erbärmlichsten, jegliches Menschenrecht verachtenden Kreaturen - den Massenmörder- und Vertreiberstaaten, zu Füßen liegen.

Oder fehlt diesen tatsächlich jeglicher Funken von Geist und Anstand und somit jegliche Geschichtskennntnis ???

Bereits am 14. Januar 2005 fragte eine Leserin in der Sächsischen Zeitung : „**Wo ist in Deutschland die Moral geblieben?**“ Völkerrecht gilt auch für die deutschen Heimatvertriebenen! Die Dekrete und Gesetze der VR Polen aus den Jahren 1945/46 und die Beneshdekrete in der Tschechoslowakei von 1945 betreffs der entschädigungslosen Enteignung der deutschen Vertriebenen bestätigen die Verachtung jeglichen Völker- und Menschenrechtes, was auch durch das Gremium des Europäischen Parlamentes bestätigt wird.

Millionen ethnisch ausgetriebene Deutsche dürfen nicht länger an der Ausübung ihrer völkerrechtlich garantierten Rückkehr-, Heimat- und Selbstbestimmungsrechte gehindert werden, die ihnen aus nationalistischen und im weitesten Sinne rassistischen Gründen noch immer verweigert werden.

Wir erheben Anspruch auf eine Wiedergutmachung des Vertreibungsunrechts und Entschädigung auch für die durch Zwangsarbeit und bestialisch zugefügte Körperverletzungen; denn es ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Politiker derart geist- und geschichtslos sind, um diese Verbrechen gegen jegliches Menschenrecht nicht zu begreifen. Spricht doch selbst der ehemalige US-Präsident George W. Bush diesbezüglich von der schlimmsten Zeit ethnischer Säuberungen in der ganzen Weltgeschichte, einem der schwersten Fälle kultureller Ausrottung und schlußfolgerte: „Ethnische Säuberung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Gleichgültig, wer sie an wem verübt.“

Es litten auf grausamste Art 18,5 Millionen Greise, Frauen und Kinder - mehr, als 2 Millionen Tote in zum Teil absurdestem Zustand wurden aufgefunden.

Und das verübt von Menschen, die angeblich fromme polnische Katholiken, also Christen sein wollen!!

Wir fordern Recht auf Gerechtigkeit, Verzicht auf gezielte Volksverdummung.

Der 2. Weltkrieg wurde von Gesamtdeutschland geführt und verloren. Eine einseitige Bestrafung der Menschen aus den deutschen Ostgebieten durch Raub der Heimat und jeglichen Eigentums verstößt gegen das Völkerrecht und alle Regeln der Menschenrechte. Ostdeutschland als wiedergewonnenes polnisches Gebiet zu bezeichnen ist nicht nur die größte Geschichtslüge aller Zeiten, sondern ein Beweis für versuchte grenzenlos primitive Volksverdummung, wie auch die Leugnung des millionenfachen Völkermordes grausamster Art. Und die polnische katholische Kirche nennt sich auch noch christlich ! Die Bündnispartner einer Wertegemeinschaft, wie die EU eine sein will, sollten zur Einhaltung des Gerechtigkeitsprinzips verpflichtet werden.

Menschenrecht und Recht auf die Heimat der Vorfahren mit Jahrhunderte altem Brauch- und Eigentum sollten Bestandteil aller gemeinsamen Verträge sein.

Auch ist unbegreiflich, daß die Siegermächte noch nicht bereit sind, mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen !!! Die Verlogenheit der deutschen Politiker zeigt sich doch auch darin, z. B. Menschenrechte für Vertriebene auf dem Balkan einzufordern, und gleichzeitig diese für deutsche Vertriebene zu verraten und deren Würde mit Füßen zu treten.

Wer die Vergangenheit und geschichtliche Wahrheit leugnet, dem kann kein Vertrauen für die Zukunft entgegengebracht werden. **Ein auf Verbrechen, feige Geschichtslügen, Völkermord und Landraub aufgebautes Europa kann niemals Bestand haben.**

Erhofft man sich das schnelle Aussterben derer, die diese Grausamkeiten noch miterleben mußten, um die dreisten Geschichtslügen ohne Gegenreaktion verkünden zu können?

Wir müssen unsere deutschen Versöhnungs- und Scheckbuchpolitiker, die sich einerseits angeblich rund um den Erdball Sorgen um die Einhaltung völ-

kerrechtlicher Normen machen und nicht müde werden, andere zu belehren - **in die Pflicht nehmen, indem wir sie an ihren Amtseid erinnern.**

Am Anfang stehen muß der politische Wille.

Schon Friedrich der Große sagte einst:

**Wer nicht bereit, sich zu bekennen
zu seinem Volk und seiner Pflicht,
der mag vielleicht sich Deutscher nennen,
jedoch in Wahrheit ist er's nicht.**

Die Festigkeit besteht im Widerstand gegen das Unglück. Nur Feiglinge entwürdigen sich unter dem Joche, schleppen geduldig ihre Ketten und ertragen ruhig die Unterdrückung.

Die Forderungen der heimatvertriebenen Deutschen **sind keine Gebietsansprüche an Nachbarvölker, sondern sind gerichtet auf die Wiederherstellung des Völkerrechts, das Annektion eindeutig verbietet.**

Denen, die den Deutschen immer wieder die Schuld am 2. Weltkrieg einreden wollen, sei noch einmal die Forderung des polnischen Marschall Rydz-Smigly aus dem Jahre 1939 ins Gedächtnis gerufen: **„Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte.“**

Auch der Wille zur Vertreibung war in Polen bereits lange vor Hitler gegenwärtig.

Polen gründete bereits 1918 die ersten Konzentrationslager in Europa und ab 1944 1256 dieser zur Vernichtung der Deutschen. Der Jude William Zuckermann schrieb bereits am 02. April 1938 in einer der bedeutendsten Zeitschriften der USA: „In den letzten Jahren haben die Juden in Polen beinahe ständige körperliche Angriffe und Prognome erdulden müssen ... -

Dieser Ausbruch antisemitischer Bestialität findet nicht seinesgleichen in Europa, nicht einmal in Nazi-deutschland“

Auch am 14. Dezember 1931 beschreibt der englische Manchester Guardian die polnische Nationalitätenpolitik als die wahre Hölle !

Im April 1950 stellte Senator William Langer vor dem US-Senat fest: „Die Massenvertreibung ist eines der größten Verbrechen, an welchem wir direkt Anteil haben.... In der gesamten Geschichte

findet sich nirgends ein so scheußliches Verbrechen aufgezeichnet, wie in den Berichten über die Begebenheiten in Ost- und Mitteleuropa. Schon 15 bis 20 Millionen wurden von den Stätten ihrer Vorfahren entwurzelt, in die Qual einer lebendigen Hölle geworfen oder wie Vieh über die Verwüstungen Europas getrieben. Frauen und Kinder, Alte und Hilflose, Unschuldige und Schuldige wurden Greuel-taten ausgesetzt, die noch von niemandem übertroffen wurden!!

Da die derzeitigen deutschen Politiker auch heutzutage weder Geschichtswissen, noch ein Gewissen haben, sondern nur das tun, was das Weltkapital ihnen befiehlt und bezahlt, werden die Deutschen z.B. auch am 13. November 1992 in den Israel-Nachrichten (TEL AVIV) dumm und idiotisch genannt.

Frankreich z. B. gedenkt offiziell der 642 zivilen Opfer in Oradour, die 1944 durch Naziterror ums Leben kamen - und Bundespräsident Gauck nimmt daran teil.

Einen Gedenkstein für Millionen nach Ende des 2. Weltkrieges grausam ermordeten oder Vertriebenen Deutschen aus den deutschen Ostgebieten darf es nicht geben, um die geschichtliche Wahrheit vertuschen zu können!!!

Brutale Vertreibung nach Kriegsende ist Rassismus grausamster Art!

Nur Individuen ohne Geist und Anstand, die derartiges nie erleben mußten und nur dem Kapital zu Füßen liegen, können einfach darüber hinwegsehen, wie unschuldige Menschen grausam abgeschlachtet, oder ein Leben lang in primitivster Weise seelisch gequält werden.

Ich persönlich stehe nach wie vor zu dem Ausspruch:

**„Wer einem Volk die Heimat raubt,
der sei von Gott verflucht!!!“**



September 2013

Dr. med. vet. Eleonore Rau
Fachtierärztin für Rinder
Neumarkf 1 • 02706 Löbau
Tel. 03585 / 86 06 11

**Wahlanalyse
Bundestagswahl am 22. September 2013
im Bundesgebiet
Erststimmen**

Wahlberechtigte	61.903.903
Wähler	44.289.652
Ungültige	688.428
Gültige	43.601.224

Zweitstimmen

Wahlberechtigte	61.903.903
Wähler	44.289.652
Ungültige	587.178
Gültige	43.702.474

Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien:
CDU, SPD, DIE LINKE, Grüne und CSU erhiel-
ten zusammen **Erststimmen** 39.365.754

Alle anderen zur Bundestagswahl
am 22. September 2013
angetretenen **28 Parteien** erhielten
zusammen **Erststimmen** 4.235.470

Alle anderen zur Bundestagswahl
am 22. September 2013
angetretenen **28 Parteien** erhielten
zusammen **Zweitstimmen** 6.855.044

Sollte eine Koalition zwischen CDU, CSU und SPD
Regierungsverantwortung übernehmen, würde die-
se mit **Erststimmen** unterstützt 32.605.435
Nicht unterstützt von Erststimmen 10.995.789
Dazu kommen noch Wahlverweigerer,
die diese Koalition nicht wählten 16.925.823
Somit unterstützen wahlberechtigte **27.921.612**
Bürger mit ihren **Erststimmen** diese Koalition **nicht**.

Sollte eine Koalition zwischen CDU, CSU und SPD
Regierungsverantwortung übernehmen, würde sie
mit den **Zweitstimmen** unterstützt **29.404.539**
Nicht unterstützt von **Zweitstimmen** 14.297.935
Dazu kommen noch Wahlverweigerer,
die diese Koalition nicht wählten 18.201.429
Somit unterstützen wahlberechtigte **32.499.364**
Bürger mit ihrer **Zweitstimme** diese Koalition
nicht.

Das Ergebnis weist aus, wenn jeder Wahlberechtigte mit seiner Stimme gezählt wird, wie in einer wirkli-
chen Demokratie, **daß selbst eine große Koalition nur eine Minderheit vertritt.** - Und dies ist in
der Bundesrepublik Deutschland schon seit Jahrzehnten so. Horst Zaborowski

**Wahlanalyse
Bundestagswahl am 22. September 2013
im Wahlkreis 157 Görlitz
Erststimmen**

Wahlberechtigte	223,614
Wähler	152.944
Ungültige	3.261
Gültige	149.683

Zweitstimmen

Wahlberechtigte	223.614
Wähler	152.944
Ungültige	2.983
Gültige	149.961

Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien:
CDU, SPD, DIE LINKE und Grüne erhielten im
Wahlkreis 157 Görlitz
zusammen **Erststimmen** 131.540

Alle anderen zur Bundestagswahl
am 22. September 2013
im Wahlkreis 157 Görlitz angetretenen
5 Parteien erhielten zus. **Erststimmen** 18.143

Alle anderen zur Bundestagswahl
am 22. September 2013 im Wahlkreis
157 Görlitz angetretenen **9 Parteien**
erhielten zusammen **Zweitstimmen** 30.592

Sollte eine Koalition zwischen CDU, CSU und SPD
Regierungsverantwortung übernehmen, würde die-
se mit **Erststimmen** unterstützt 96.943
Nicht unterstützt von Erststimmen 52.738
Dazu kommen noch Wähler, die
diese Koalition nicht wählten 67.409
Somit unterstützen wahlberechtigte **120.147**
Bürger mit ihren **Erststimmen** diese Koalition **nicht**.

Sollte eine Koalition zwischen CDU, CSU und SPD
Regierungsverantwortung übernehmen, würde sie
mit den **Zweitstimmen** unterstützt **84.943**
Nicht unterstützt von **Zweitstimmen** 65.016
Dazu kommen noch Wahlverweigerer,
die diese Koalition nicht wählten 73.653
Somit unterstützten wahlberechtigte **138.669**
Bürger mit ihrer **Zweitstimme** diese Koalition **nicht**.